

Johannes Fischer

## **„Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung,“**

### **Über die Frage, ob Israel im Gazastreifen und im Libanon einen gerechten Krieg führt**

Im Vorfeld des 7. Oktober 2024, dem Tag, an dem sich der Terroranschlag der Hamas auf Israel zum ersten Mal jährte, hat Außenministerin Annalena Baerbock in der *Bild am Sonntag* einen Artikel veröffentlicht, in dem sie den Anschlag als Einschnitt sowohl in der jüdischen als auch in der deutschen Geschichte bezeichnet. An die Menschen in Israel gerichtet schrieb sie: „Wir stehen an eurer Seite. Eure Sicherheit ist Teil unserer Staatsräson. Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Gegen die Gewalt der Hamas genauso wie gegen den Raketen-Terror des Iran und der Hisbollah.“

Mit der Feststellung, dass Israel ein Recht auf Selbstverteidigung hat, bezieht sich Frau Baerbock auf einen Rechtfertigungsgrund, der in der Lehre vom gerechten Krieg zu den Kriterien für die Zulässigkeit eines Krieges gehört. In Verbindung mit dem Folgesatz besagt diese Feststellung, dass Israel einen legitimen Grund („*iusta causa*“) hat, den Gazastreifen zu besetzen, um die Hamas zu zerschlagen, in den Libanon einzumarschieren, um die Hisbollah zu bekämpfen, und den Iran anzugreifen. Denn von überall dorthier ist Israel angegriffen worden. In diesem Sinne erhebt auch Israels Ministerpräsident Netanyahu den Anspruch, dass Israel einen „gerechten Krieg“ führt.

Der Lehre vom gerechten Krieg liegt die Intention zugrunde, Kriege einzuhegen und zu begrenzen, und zwar indem Bedingungen festgelegt werden, die erfüllt sein müssen, damit ein Krieg gerecht ist. Doch hat dies zur Kehrseite, dass mit dieser Lehre Kriege auch legitimiert werden können. In diesem legitimatorischen Sinne nehmen auch die deutsche Außenministerin und Ministerpräsident Netanyahu für Israels Kriegführung das Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch. Für Kritiker ist diese Möglichkeit der legitimatorischen Inanspruchnahme ein entscheidender Grund, die Lehre vom gerechten Krieg abzulehnen. Kann diese Inanspruchnahme doch dazu führen, dass entgegen der Intention, Kriege zu begrenzen, alle Skrupel beseitigt werden, einen Krieg zu führen. Denn man ist im Recht. Man schaut nicht mehr hin und denkt nicht darüber nach, was ein Krieg wirklich bedeutet und was er mit den Menschen und aus den Menschen macht. Der Gazastreifen liegt in Trümmern, zehntausende von

Zivilisten, Frauen, Kinder, Alte, Kranke, auch Männer, die mit der Hamas nichts zu tun hatten, sind tot. Doch Israel hat ein Recht, diesen Krieg zu führen, und gemessen an diesem Recht haben die Opfer kein Gewicht. Die Überzeugung, dass ein Krieg gerecht ist, kann zum Verlust der Empathie und zur Verrohung führen. Die Nachrichten aus Israel lassen befürchten, dass dies nach einem Jahr Krieg bei großen Teilen der dortigen Bevölkerung der Fall ist. Wie man liest, sind die Opfer unter den Palästinensern und die Verwüstungen im Gazastreifen und jetzt auch im Libanon in der israelischen Öffentlichkeit kein Thema. „Für Israelis ist alles, was im Gazastreifen passiert, ein schwarzes Loch. Sie wollen es aktiv nicht wissen ... Im israelischen Fernsehen gab es nie einen Bericht, nicht einmal einen kurzen, etwa über einen Vater, der sein Kind aus den Trümmern rettet. Die ganze emotionale Energie wird auf die Entführten und die Ereignisse des 7. Oktober gelenkt“, so der Philosoph Avishai Margalit in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau.<sup>1</sup>

Man sollte daher die Rede vom „gerechten Krieg“ ächten und aus dem Sprachgebrauch streichen. Anders verhält es sich mit der Intention der Lehre vom gerechten Krieg, nämlich Kriege einzuhegen und zu begrenzen. Sie ist es unbedingt wert, dass an ihr festgehalten wird. Das ist möglich, wenn die Lehre anders interpretiert wird, nämlich nicht legitimatorisch, sondern delegitimierend und kritisch. Wie gesagt bindet sie den Krieg an Bedingungen. Die legitimatorische Auffassung begreift das Erfülltsein dieser Bedingungen als *hinreichend* dafür, dass ein Krieg *gerecht* ist. Die kritische Auffassung hingegen begreift das Erfülltsein dieser Bedingungen als *notwendig* dafür, dass ein Krieg *nicht ungerecht* ist. Das heißt: Sind die Bedingungen nicht erfüllt, dann ist ein Krieg ungerecht. Sind sie erfüllt, dann ist damit ein Krieg noch nicht gerecht, und man kann von ihm nicht einmal sagen, dass er nicht ungerecht ist. Denn das Erfülltsein der Bedingungen ist nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dafür, dass ein Krieg nicht ungerecht ist. Bei dieser Interpretation wird alles vermieden, womit Kriege gerechtfertigt werden können. Aber sie ermöglicht es, Kriege als ungerecht zu kritisieren. Es geht darum, hohe Hürden zu errichten im Hinblick darauf, wann überhaupt nur ein Krieg in Erwägung gezogen werden darf. Dafür müssen jene Bedingungen erfüllt sein. Man sollte daher im Blick auf diese Interpretation nicht von der Lehre vom gerechten Krieg sprechen, sondern besser von einer Lehre vom ungerechten Krieg.

---

<sup>1</sup> Frankfurter Rundschau vom 12.07.2024: „Philosoph Avishai Margalit über Krieg in Gaza: ‚Es wird keinen gerechten Frieden geben‘“, <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/philosoph-avishai-margalit-ueber-krieg-in-gaza-es-wird-keinen-gerechten-frieden-geben-93184219.html>

Wie ist der Krieg, den Israel im Gazastreifen und im Libanon führt, gemäß dieser Lehre zu beurteilen? Zu den Bedingungen der klassischen Lehre gehört, dass es bei einem Krieg eine Aussicht auf Frieden mit dem Kriegsgegner geben muss (*iustus finis*). Diese Bedingung ist bei Israels gegenwärtigem Krieg ganz offensichtlich nicht erfüllt. Die israelische Regierung hat auch nach einem Jahr Krieg keinen Plan für die Zeit danach vorgelegt. Sie hat bis heute nicht erkennen lassen, wie nach ihrer Vorstellung eine langfristige Ordnung eines friedlichen Zusammenlebens von Juden und Palästinensern aussehen soll. Es ist offensichtlich, dass die jetzige israelische Regierung an einer solchen Ordnung keinerlei Interesse hat. Denn eine Minimalbedingung für eine solche Ordnung ist, dass sie auch für die Palästinenser akzeptabel ist. Das aber würde bedeuten, dass Israel den Palästinensern entgegenkommen muss, insbesondere was das besetzte Ostjerusalem und Westjordanland betrifft. Daran aber haben die Rechtsradikalen und Orthodoxen in Israels jetziger Regierung keinerlei Interesse. Deren Pläne zielen vielmehr auf die Annexion dieser Gebiete und nach Möglichkeit auch noch des Gazastreifens. Und auch Ministerpräsident Netanyahu lässt sich in diesem Sinne vernehmen. Nach dem Spruch des internationalen Gerichtshofs zu Israels Besatzungspolitik in Ostjerusalem und im Westjordanland ließ er verlauten, dass die jüdische Nation kein Besatzer im eigenen Land sei. Offensichtlich betrachtet auch er Ostjerusalem und das Westjordanland als etwas, das der jüdischen Nation gehört, ungeachtet der palästinensischen Bevölkerung, die dort seit Generationen lebt. Das wirft Fragen auf auch hinsichtlich eines anderen Kriteriums der klassischen Lehre, nämlich der gerechten Absicht (*recta intentio*) in Bezug auf diesen Krieg. Zumindest Teile dieser Regierung betrachten ihn als einen weiteren Schritt in Richtung auf einen jüdischen Staat, dessen Gebiet das gesamte „Land Israel“ (Eretz Israel) umfasst. Hinzu kommen, was den Zweifel an der gerechten Absicht betrifft, Netanyahus persönliches Motiv, einem Verfahren wegen Korruption zu entgehen, sowie das Ziel der Regierung, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen, nämlich dadurch, dass das Versagen des israelischen Sicherheitsapparats am 7. Oktober 2023, das auf die Verantwortung der Regierung geht, durch militärische Erfolge wettgemacht wird.

Netanjahus Feststellung, dass die jüdische Nation kein Besatzer im eigenen Land ist, wirft Licht auf die zionistische Ideologie, von der das Handeln dieser Regierung bestimmt ist. Sie beruht auf dem Grundsatz: Wenn ein Volk aufgrund seiner Geschichte oder Religion eine besondere Beziehung zu einem bestimmten Gebiet hat, dann hat es ein Recht darauf, dieses Gebiet zu besiedeln und in seinen Besitz zu nehmen und es zu seiner nationalen Heimstatt zu machen,

ungeachtet der Rechte der dort lebenden Menschen.<sup>2</sup> Auf diesem Grundsatz beruht die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland. Und mit diesem Grundsatz begründet Israel sein eigenes Existenzrecht. Dieser Grundsatz ist unhaltbar. Nicht nur gibt es für ihn keine vernünftige Begründung. Es kann auch niemand wünschen, dass er allgemeine Anerkennung und Geltung erlangt. Denn dann würde in der heutigen Welt so manche Grenze in Frage gestellt mit der Folge endloser Konflikte, von Vertreibungen und ethnischen Säuberungen, so, wie man dies nach den beiden Weltkriegen oder nach dem Zerfall Jugoslawiens auf dem Balkan erlebt hat. Israels eigene Geschichte ist ein Lehrstück für das Unrechts-, Konflikt- und Gewaltpotential, das dieser Grundsatz in sich birgt. Es gibt kaum einen anderen Staat auf der Welt, dessen Existenz so sehr auf die Androhung und Ausübung militärischer Gewalt gegründet ist.<sup>3</sup>

Es ist diese Ideologie, die die jetzige israelische Regierung daran hindert, eine langfristige Perspektive für ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern zu entwickeln. Ihr bleibt daher nur die Möglichkeit, auf militärische Gewalt zu setzen in der vagen Hoffnung, den Gegner besiegen und auf diese Weise den Krieg beenden zu können. Doch selbst wenn dies gelingt, werden doch die Gründe für die Gewaltbereitschaft auf Seiten des Gegners dadurch nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil: Was die jungen Menschen im Gazastreifen und im Libanon, aber auch im Westjordanland derzeit erleben, das lässt erwarten, dass eine neue Generation heranwächst, die voller Hass auf Israel und „die Juden“ ist, und dass auch in Zukunft radikale palästinensische Gruppen und Organisationen keine Mühe haben werden, Menschen zu rekrutieren, die hochmotiviert sind für den Kampf gegen Israel bis hin zu der Bereitschaft, als Märtyrer zu sterben. In der Vergangenheit ist Israel schon mehrmals mit dem Plan gescheitert, mit militärischer Gewalt Frieden herbeizuführen. Es ist in den Libanon einmarschiert und in den Gazastreifen, und jedes Mal sind danach neue Strukturen und Gruppen entstanden, die den bewaffneten Kampf gegen Israel weitergeführt haben. Es ist nicht zu sehen, inwiefern das nach dem Ende des jetzigen Krieges anders sein soll. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Juden und Palästinensern durch diesen Krieg in unerreichbare Ferne gerückt ist.

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Johannes Fischer, Ist Kritik an der Siedlungspolitik des Staates Israel jetzt antisemitisch? Zur Adaption der zionistischen Begründung des Rechts des jüdischen Volkes auf das „Land Israel“ im neuen Antisemitismus-Handbuch der EU-Kommission, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2021/01/IHRA-Definition-Neues-Antisemitismus-Handbuch-der-EU-2.pdf>

<sup>3</sup> Johannes Fischer, Der Krieg zwischen Israel und der Hamas und die deutsche Israel-Politik, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2023/10/Israel-Politik.pdf>

Aus diesen Gründen, nämlich dem Fehlen einer langfristigen Friedensperspektive, ja der Zunichtemachung einer solchen Perspektive durch die Vermehrung des Hasses als Folge erlittener brutaler Gewalt, sowie fragwürdigen Motiven und Zielsetzungen, die die israelische Regierung mit diesem Krieg verbindet, kann dieser Krieg nur als *ungerecht* beurteilt werden. Es ist daher irritierend, wenn die deutsche Außenministerin den Menschen in Israel versichert: „Wir stehen an eurer Seite.“ An wessen Seite? An der Seite derer in Israel, die diesen Krieg unterstützen, den Frau Baerbock, wie gesagt, als gerecht verteidigt? Und wer ist in diesem Satz mit „wir“ gemeint? Beansprucht Frau Baerbock mit diesem Wort, für das deutsche Volk zu sprechen? Welche Anmaßung wäre das! Auch die längst zur Phrase verkommene Rede von der Sicherheit Israels als deutscher Staatsräson fehlt in dem Beitrag für *Bild am Sonntag* nicht. Soll Deutschland tatsächlich die Sicherheit eines Staates garantieren, dessen Politik durch die zionistische Ideologie bestimmt ist und der dadurch selbst die Konflikte provoziert, die seine Sicherheit gefährden, statt eine langfristige Perspektive für Verständigung und Frieden zu entwickeln? Ist es nicht so, dass Israel derartige Sicherheitszusagen als Blankoscheck versteht, der es ihm ermöglicht, zu tun und zu lassen, was es will?

In der FAZ vom 7. Oktober findet sich unter der Überschrift „Hass tarnt sich als Kritik“ ein Artikel von Jürgen Kaube, in dem dieser alle möglichen hasserfüllten, verzerrend-einseitigen, infamen bis absurden Vorwürfe von Israel-Kritikern auflistet, um die Kritik an Israel insgesamt in eine fragwürdige, ja antisemitische Ecke zu stellen. Jedenfalls vermisst man bei diesem Artikel jegliche Differenzierung.<sup>4</sup> Schon die Vokabel ‚Israelkritik‘ sei eine Singularität. „Niemand, der die italienische Regierung für ein Unglück hielte, würde dies als ‚Italienkritik‘ vortragen. Im Fall Israels wird hingegen die Kritik einer Regierung als Kritik eines Landes vorgetragen. Das Ganze muss für einen Teil herhalten.“ Ja wie? Soll das bedeuten, dass es falsch ist, Deutschland für das Unheil verantwortlich zu machen, das die deutsche Regierung unter Hitler über die Welt gebracht hat? Soll dafür nur die Regierung verantwortlich gewesen sein? Immerhin waren es deutsche Soldaten, die in andere Länder einmarschiert sind und diese unterworfen haben. Wenn man der Meinung ist, dass Deutschland hierfür Verantwortung trägt, dann muss man auch anerkennen, dass Israel Verantwortung trägt für das, was seine Regierung unter Netanjahu mit seiner Politik und mit diesem Krieg anrichtet. Die Israelis haben diese Regierung gewählt, und deren Politik wird von einem großen Teil der Bevölkerung mitgetragen. Solche Kritik an Israel zu üben ist kein Antisemitismus. Diesbezüglich gibt es in Deutschland

---

<sup>4</sup> Zur Einstellung des Vf. zu Israel vgl. Johannes Fischer, Jenseits der Moral. Zum Verhältnis zwischen Deutschland und Israel, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2019/11/Zum-Verh%C3%A4ltnis-zwischen-Deutschland-und-Israel.pdf>

eine absurde Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs zu dem durchsichtigen Zweck, Kritik an Israel zu unterdrücken.<sup>5</sup>

In derselben Ausgabe der FAZ findet sich ein Artikel von Gil Murciano, dem Leiter des israelischen Mitvim-Instituts, der über eine 2024 durchgeführte Umfrage seines Instituts in der israelischen Bevölkerung berichtet. Danach bevorzugt eine relative Mehrheit von Israelis von 40 bis 50 Prozent einen politischen Horizont mit den Palästinensern und eine diplomatische Lösung, wenn nach einer langfristigen Strategie zur Lösung des jetzigen Konflikts gefragt wird. Eine Minderheit von etwa 30 Prozent befürwortet die Annexion des Westjordanlands und die Wiederbesiedlung des Gazastreifens und bevorzugt eine militärische Lösung. Die Umfrage wurde vor der Tötung von Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah und der militärischen Schwächung der Hisbollah durchgeführt, und es ist möglich, dass sich die Gewichte seither verschoben haben. Wie man liest, sind seither die Zustimmungswerte für Netanyahu gestiegen. Der Artikel von Gil Murciano verfolgt das Ziel, ein differenziertes Bild von der Einstellung der israelischen Bevölkerung zu vermitteln, um auf diese Weise dafür zu werben, dass Europa Israel nicht abschreibt. „Der Mitvim-Index unterstreicht, dass eine Mehrheit der Israelis in Schlüsselfragen mit den europäischen Entscheidungsträgern übereinstimmt, insbesondere dass das Ende des Krieges mit breiteren israelischen, palästinensischen und internationalen Bemühungen um eine Lösung zusammenfallen sollte.“ In Europa werden mit einer solchen Perspektive offene Türen eingerannt. Die Frage jedoch ist, wie mit der jetzigen israelischen Regierung eine solche Perspektive möglich sein soll. Diese verbittet sich bei der Verfolgung ihrer Ziele jegliche Einmischung von außen. Selbst die USA als der wichtigste Verbündete Israels ist mit ihren Bemühungen gescheitert, Israel zu einem Waffenstillstand im Gazastreifen zu bewegen.

Das Gesagte wirft Fragen auch hinsichtlich der deutschen Israel-Politik auf. Wie das Zitat von Frau Baerbock aus der *Bild am Sonntag* zeigt, ist diese nach innen darauf gerichtet, die deutsche Bevölkerung auf die bedingungslose Unterstützung Israels einzustimmen, ganz gleich, was dieser Staat tut. In der Debatte im Deutschen Bundestag am 10. Oktober aus Anlass des Jahrestags des Hamas-Überfalls auf Israel sagte die deutsche Außenministerin, die Unterstützung für Israel müsse für die demokratischen Parteien „deutsche Staatsräson sein, unabhängig davon, wer das Land regiert“. Damit macht sie implizit dieselbe Unterscheidung zwischen dem Land und seiner Regierung auf wie Jürgen Kaube. Die Politik der Netanyahu-

---

<sup>5</sup> Johannes Fischer, Die Instrumentalisierung des Antisemitismus-Begriffs als Folge der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2024/01/Instrumentalisierung-des-Antisemitismusbegriffs-IHRA-Definition-1.pdf>

Regierung mit allen ihren Folgen fällt hiernach in die Verantwortung dieser Regierung und nicht in die Verantwortung Israels. Daher verdient Israel weiterhin Deutschlands bedingungslose Unterstützung. Wie gesagt, ist diese Unterscheidung unhaltbar. Was derzeit geschieht, fällt in die Verantwortung Israels. Was Frau Baerbock im Bundestag gesagt hat, muss daher im Klartext lauten, dass die Unterstützung für Israel für die demokratischen Parteien „deutsche Staatsräson“ sein muss, „unabhängig davon“, was dieser Staat tut und im nahen Osten anrichtet. Wie das Zitat aus der *Bild am Sonntag* zeigt, in dem Frau Baerbock Israels Krieg rechtfertigt, tut die Bundesregierung alles, um Israel in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen. Über die massiven Rechtsbrüche durch diesen Staat, wie sie kürzlich im Spruch des internationalen Gerichtshofs zu Israels Besatzungspolitik festgestellt worden sind, wird seitens der Bundesregierung ein Mantel des Schweigens gelegt. Es fällt in die Amtszeit und Verantwortung der jetzigen Außenministerin, dass Deutschland versucht hat, diesen Spruch zu verhindern.<sup>6</sup> Dazu passt, dass die deutsche Regierung aktiv zu einem öffentlichen Klima beigetragen hat, bei dem Kritik an Israel in die antisemitische Ecke gerückt wird.<sup>7</sup> All das steht in Deutschland einer vernünftigen und an den Realitäten in Nahost orientierten öffentlichen Verständigung in Bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und dem heutigen Israel entgegen. Doch die Stimmen mehren sich, die darauf dringen, dass Deutschland eine andere Israel-Politik braucht.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Johannes Fischer, Was Deutschland zu verhindern versuchte: Der Spruch des internationalen Gerichtshofs zu Israels Besatzungspolitik, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2024/08/Spruch-des-IGH-zu-Israels-Besatzungspolitik.pdf>

<sup>7</sup> Johannes Fischer, Berlinale und Antisemitismus-Hysterie, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2024/03/Antisemitismus-Hysterie.pdf>

<sup>8</sup> Zum Beispiel Peter Lintl, Kein Blankoscheck. Deutschland braucht eine neue Israel-Politik, IPG-Journal, <https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/kein-blankoscheck-7345/>